

Volksblatt

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen (Wahl, Beilagen, „Kinderfreund“ sowie „Wohlfahrt“). Inverlag eingetragene Nummern sind stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt“ ist das Publikationsorgan der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Verbände. — Schriftleitung: Burg 42/44, Holzstraße 2 Treppen, Fernsprech: 2410/12, 24067. Preis: Einzelverkaufsstellen mittags von 12 bis 1 Uhr.

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungsbezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr für Abnehmer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Vollamt od. 2. Postboten ausgehelt 2,40 Mk. bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis 12 Pf in Anzeigen und 60 Pf in Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Burg 42/44 Fernruf 24 605. — Zweigstelle: Dr. Wilschstraße 27. — Postfachkonto: 20319 Erlau

Fort mit Geßler!

„Die Demokratische Partei sieht in Geßler nicht mehr einen geeigneten Wehrminister.“

Eine Entschließung der Berliner Parteifunktionäre.

Berlin, 19. Januar. (Radiomeldung.) Die Berliner Parteifunktionäre der SPD. nahmen am Dienstag einen Vortrag des Reichstagsabgeordneten Dietmann über „Regierungsbildung und Sozialdemokratie“ entgegen. Am Schluß der Versammlung beschloßen die Funktionäre einstimmig folgende Entschließung: „Die heute versammelten Funktionäre der SPD. Groß-Berlins fordern von der Reichstagsfraktion, daß sie unter allen Umständen die Bildung einer Regierung, der Geßler als Reichswehrminister angehört, den schärfsten Widerstand entgegensetzt. Die Versammlung fordert ferner, daß die Fraktion mit aller Kraft für die Zurückführung des Reichswehrgesetzes auf dem Wege der Abstimmung im Interesse der Wehrlosen, für den weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung und die Republikanisierung der Reichswehr kämpft.“

Die neueste Geßler-Entschließung. Geßler als Urheber des Reinhardt'schen Angriffes auf die Demokratie.

Am Dienstag hat der Reichswehrminister von sich aus die Antwort auf den Brief des Führers der Demokratischen Partei Dr. Koch, in der Angelegenheit des Generals Reinhardt veröffentlicht. Der Brief ist, so sehr sich Geßler auch bemüht, seine Wirkung in der Öffentlichkeit abzumildern, bezeichnend für den Geist dieses Mannes. Entscheidend ist schließlich die Wirkung und nicht die Wirkung, die Geßler mit dem Brief verfolgte. Die Wirkung aber besteht in einer heftigen Beschuldigung der Demokratischen Partei und ihrer Führer durch die deutschnationalen Kreise.

Aus dem Brief Geßlers an den Reichstagsabgeordneten Koch ergibt sich zunächst, daß der Artikel Reinhardt's nicht einmal auf die Initiative dieses Generals, sondern sowohl seine Entschließung wie seine Veröffentlichung auf Veranlassung des Reichswehrministeriums zurückzuführen ist. Der Brief ist ein Verstoß des Generals Reinhardt über dessen Verfassung von dem Herrscher und anderen Fragen enthalten, wie er auch von anderen verantwortlichen Persönlichkeiten der Reichswehr eingeholt wurde. Dieser Bericht setzte sich aus einem rein militärischen und einem politischen Teil zusammen. Man traut seinen Ohren nicht, aber es ist so, daß die angeblich in politischer Reichswehr auch politische Berichte an das Wehrministerium erhaltet. Einer dieser Berichte ist von dem Reichswehrminister persönlich der Öffentlichkeit als Streifenbericht gegen die republikanischen Parteien übermittelt worden.

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet ist die Antwort des Abgeordneten Koch auf den Brief des Reichswehrministers verhältnismäßig zurückhaltend. Aber er läßt immerhin durchblicken, daß Geßler nunmehr auch von der Demokratischen Partei aus nicht mehr auf Unterstützung rechnen kann. So hat das Briefbuch Geßler's auch wenigstens den einen Erfolg gehabt, daß man langsam an der bürgerlichen Lager zu der Erkenntnis kommt, wer Herr Geßler ist.

Theodor Wolff schüttelt Geßler öffentlich ab.

Berlin, 19. Januar. (Radiomeldung.) Im Mittelpunkt der heutigen Berliner Morgenpresse stehen die Auseinandersetzungen zwischen dem Reichswehrminister Dr. Geßler und dem Führer der demokratischen Reichstagsfraktion Dr. Koch. Es ist bezeichnend, daß die gesamte demokratische Presse gegen Geßler Stellung nimmt, während hier angeblich Demagogie im Vordergrund steht. In dem Briefe des Herrn Reinhardt, den Geßler unverändert publizieren ließ, wurden u. a. auch „alle leitenden Zeitungen“ demokratischer Richtung scharf angegriffen. Der Schriftleiter des „Berliner Tageblatt“ nimmt das heute ebenfalls zum Anlaß eines offenen Briefes an Dr. Geßler, der an Schärfe nichts zu wünschen übrig läßt und Herrn Geßler in seiner ganzen Charaktereigenschaft so hinreißt, wie er in Wirklichkeit ist. Theodor Wolff schreibt in seinem Briefe u. a.:

„Sie betonen, die unveränderte Veröffentlichung sei Ihnen aus staatspolitischen Gründen richtig erschienen und deshalb hätten Sie, ohne an dem Artikel irgendeine Forderung zu haben, die Genehmigung erteilt. Uns staatspolitischen Gründern haben Sie gegen Personen, die Ihnen bisher nahestanden, unwarne Beziehungen verbreiten lassen, und selbst der niedrigste Korrekturtrieb, der offensichtlich Falsches entfernt hätte, Ihnen von uns vereinbar mit Ihrer Staatspolitik zu sein? ... Es scheint Ihnen

entgangen zu sein, daß Herr Reinhardt in dem Artikel, an dem Sie seine Forderung über wollten, seine Anklagen gegen die vom Stimmzettel abhängigen „Vorführer“ und gegen „alle leitenden Zeitungen“ der Demokratie gerichtet hat, keineswegs gegen einige tabulata Positionen, einige Theoretiker der bedingungslosen Unterwerfung, sondern gerade gegen diejenigen, die er für führend und einflussreich hält. Der Abgeordnete Koch hat als Parlamentarier und als Parteivorsteher protestiert. Es ist wohl nicht unbedeutend, wenn ich zu den „leitenden Zeitungen“ demokratischer Richtung auch das „Berliner Tageblatt“ rechne und also auch auf uns den Vorwurf beziehe, der mit Ihrer Genehmigung ungenutzt in die Welt hinausgegangen ist. Mit Ihrer Genehmigung hinausgegangen. ... Sie verstehen, Herr Reichswehrminister, daß mich das ein wenig übertraf.“

„Denn Sie haben mir so oft unaufrichtig mit dem Vorgehen gesagt, daß ich nun nicht mehr begreife, wie Sie die Anschuldigungen billiger konnten, die der General Reinhardt gegen „alle leitenden Zeitungen“ erhebt. Sie waren nicht zurückhaltend in Ihrer warmen Lebenswürdigkeit — und nun haben Sie die schon genügend verurteilte öffentliche Meinung noch weiter durch eine faunatische Kritik torpedieren lassen, deren absolute Unwahrscheinlichkeit Sie, wie alle Ihre Neukonstruktionen mir gegenüber beweisen, genauer als irgend-jemand kennen. Alles aus staatspolitischen Gründen, alles wegen der Staatsräson? Oder nur im Kampfe um einen ministeriellen Geßlerpost? Und wie konnten Sie ferner Vertrauen bei den meisten Lesern und Ereignissen beizubringen, die das Unterland fremden Räubern preisgeben wollen? Ein Reichswehrminister, verantwortlicher Führer der Landesregierung, handelt doch so fahrlässig nicht. Sie dürften, indem Sie den Artikel des Generals Reinhardt genehmigen, die Überzeugung gehabt haben, daß anständig die Bestimmung auch denjenigen, die Sie öffentlich haben angreifen lassen, allwissend offenbart. Es würde Ihnen gewiß nicht unwillkommen sein, die Bestätigung dieser zu erhalten, daß Ihre Erwählung berechtigt war.“

Die Folgen seiner Handlungsweise wird Geßler doch schließlich selbst zu tragen haben. Schon läßt sich das „Berliner Tageblatt“ an, daß die Demokratische Partei in Geßler einen geeigneten Wehrminister nicht mehr sieht, und ebenso bezeichnen die „Vollstreckung“ die Auseinandersetzung zwischen dem Wehrminister und dem Abgeordneten Koch als „Schlichtung“. Gemeint ist damit offenbar das Gabe des bisher zwischen der Demokratischen Partei und dem Reichswehrminister bestehenden Verhältnisses. Verlangt aber ist Geßler noch Mitglied der Demokratischen Partei.

Auch das Zentrum hat Bedenken gegen Geßler.

Berlin, 19. Januar. (Radiomeldung.) An Hand der heutigen Berliner Morgenpresse ist über den Stand der Regierungsbildung nichts Neues mehr zu melden. In allen Lagern erwidert man von den heutigen Fraktionsführungen, wenn auch noch keine Entscheidung, so doch eine weitgehende Klärung.

Die „Germania“ sieht plöblich ebenfalls eine große Schwierigkeit in der Regierung des Reichswehrministeriums. Geßler denkt jedenfalls vorläufig nicht daran zu gehen. Das Blatt glaubt trotzdem nicht, daß an einer einzelnen Personentrage das ganze Werk der Rekonstruktion der Regierung scheitern könne. Schließlich sei noch die „Arbeitszeitung“ des Grafen Westarp vermerkt, die heute in auffälliger Anmahnung erklärt: „Marx im Wardeigentümer der Sozialdemokratie.“

Der Stand der Regierungsbildung

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion befaßte sich am Dienstag in einer mehrstündigen Sitzung mit der politischen Lage. Er kam dahin überein, die endgültige Entscheidung über die Haltung der Sozialdemokratie der am Mittwoch um 12 Uhr mittags zusammen tretenden Gesamtfraktion zu überlassen.

Der Reichstagsführer Dr. Marx wird dem Reichswehrminister am Mittwoch über den Verlauf seiner bisherigen Verhandlungen mit den Parteiführern einen Bericht erstatten. Es ist anzunehmen, daß er seine Bemühungen um die Bildung der Regierung auch in den nächsten Tagen noch fortsetzen wird. Am Dienstag beschloß die Reichstagsfraktion mit dem Führer der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Westarp erklärte, daß seine Fraktion eine Regierung der Mitte auf das schärfste bekämpfen werde. Der Führer der Bayerischen Volkspartei, Dr. Reich, äußerte in einer Unterredung mit dem Reichstagsführer, daß seine Fraktion gegen eine Regierung der Mitte nicht, wohl aber eine einseitige Bindung noch links ablehnen müsse. Als die letzte Sitzung beendete er die Bildung einer „staatsbürgerlichen“ Regierung, und das ist der „Reichswehrgeblod“. (1) (Siehe auch Seite 2.)

Der Feldzug gegen Briand.

(Von unserem Pariser Korrespondenten, Paris, 18. Januar. (Eig. Drahtbericht.) In Frankreich ist selten eine deutsche Regierungskrise mit so großem Interesse verfolgt worden wie die jetzige. Die Ursache dafür liegt nicht nur in dem Verlauf der Verhandlungen zur Lösung dieser Krise, sondern vor allem in ihrem Zusammenhang mit der Offensive, die von den französischen Radikalen gegen Briand und seine Außenpolitik mit dem Beginn des neuen Jahres eingeleitet worden ist.

Monatelang hatten sich die Organe des Bloc National auf eine verhältnismäßig zurückhaltende Kritik gegenüber der Politik Briands beschränkt. So konnte man z. B. nach dem Ausbruch in den parlamentarischen Kreisen bemerken, daß ein prinzipielles Einverständnis mit den Grundlinien der an den Herrn des Bloc National beauftragten Politik zum Ausdruck brachten. In der Kammer sah sich die nationalistische Opposition ebenfalls gezwungen, ihre Kritiken in stark behaltene Argumente zu fassen. Als Deutschland dann schließlich in den Weltkrieg eintrat, die Deutschen wieder nichts übrig, als sich im Gewand einer tiefen Trauer zu zeigen. Allerdings erlaubten sich schon damals einige ihrer Blätter die hintersten Prophezeiungen in Bezug auf die Folgen der Zugewandtheit Deutschlands auf den Weltmarkt. Immerhin wichen die politisch einflussreichsten Elemente der rechten Welt nicht entschlossen zu sein, sich mit der neuen Außenpolitik abzufinden, in sie sogar zu fassen, wie es die großen kapitalistischen Wirtschaftsorganisationen für notwendig erklärten. Jedemfalls war in den letzten Monaten des vergangenen Jahres Briand's Stellung so stark, daß kein Vertreter des Bloc National ernsthaft daran denken durfte, mit irgendwelcher Aussicht auf Erfolg gegen sie anzutreten zu können. Dessen war sich der französische Außenminister auch selbst bewußt, als er im Dezember von Gen aus seine Regierung verlassen ließ, daß er nicht nach Paris zurückkehren gedachte, ohne die Aufhebung der internationalen Wirtschaftskontrollen, die er während seiner Amtszeit eingeleitet hatte, als eine wesentliche Bedingung der Fortsetzung seiner Politik abzuhandeln, in sie sogar zu fassen, wie es die großen kapitalistischen Wirtschaftsorganisationen für notwendig erklärten. Jedemfalls war in den letzten Monaten des vergangenen Jahres Briand's Stellung so stark, daß kein Vertreter des Bloc National ernsthaft daran denken durfte, mit irgendwelcher Aussicht auf Erfolg gegen sie anzutreten zu können. Dessen war sich der französische Außenminister auch selbst bewußt, als er im Dezember von Gen aus seine Regierung verlassen ließ, daß er nicht nach Paris zurückkehren gedachte, ohne die Aufhebung der internationalen Wirtschaftskontrollen, die er während seiner Amtszeit eingeleitet hatte, als eine wesentliche Bedingung der Fortsetzung seiner Politik abzuhandeln, in sie sogar zu fassen, wie es die großen kapitalistischen Wirtschaftsorganisationen für notwendig erklärten.

Jetzt liegen die Verhältnisse anders, und es wäre verfehlt, sie besser darzustellen als sie sind, oder gar vor den eingetretenen Veränderungen die Augen zu verschließen. Briand's Stellung erscheint im Augenblick nicht mehr so unerschütterlich, wie das etwa noch vor einem Monat der Fall war. Der Feldzug, den gewisse hohe Militärs, unterstützt von der Presse des Bloc National, gegen die „einigen Konzeptionen“ des Außenministers unternommen haben, war nicht ganz ohne Erfolg, und selbst in die bürgerlichen Kreise ist die Verurteilung hineingetragen. Es gibt zwar zwei wesentliche Gründe, die eine beständige Meinung, die verhältnismäßig für die sogenannten „Räuberberg" - Politik der letzten Monate „nur ein sehr geringes Interesse zeigte, die Überzeugung bezugnehmend, daß Deutschland eine Aktion gegen Polen vorbereitet und sich nicht auf eine friedliche Lösung der deutsch-polnischen Streitfragen zu beschränken gedenkt. Da Polen auch in den französischen Vorkriegszeiten das Grund aller Tradition und trotz des reaktionären Gedächtnisses, das die Regierungen und seine Politik seit ihrer Wiederkehr oft zeigte, in Frankreich viel Freunde hat, ist eine Atmosphäre entstanden, die das Vertrauen, ohne das Briand seine Politik nicht führen kann, untergräbt. Wichtiger ist der zweite Grund, der ebenfalls in der Entscheidung der Regierungen liegt, die bisher bis heute die deutsche Politik der letzten Monate, ein Kabinett mit Einschluß der deutschen Monarchisten zu bilden, in allen Kreisen Frankreichs ohne Unterschied der Tendenz gar nicht tief genug einschneiden. Ja, daß trotz der Entschuldigungen über gewisse Zustände in der Reichswehr die Möglichkeit einer Radikalisierung der Außenpolitik in Erwägung gezogen wurde, hat vor allem in den französischen Vorkriegszeiten eine viel stärkere Verblüffung hervorgerufen, wie es in deren Organen zum Ausdruck kommt. Der gegenwärtigen Außenpolitik Briands ist trotz des Freizugs in diesen Tagen eine Radikalisierung das Licht der Welt erlöschen würde.

Was viel schlimmer ist als die demagogischen Exponenten der Radikalen oder die von der Linkspresse formulierten Bedenken und Proteste, das ist das tatsächliche Verhalten auf das man gegenwärtig in Unterhaltungen selbst bei Persönlichkeiten trifft, die bisher begeistert Anhänger der französischen Politik gewesen waren. Die Rechte selbst hat sich zurückgezogen, natürlich, die neue Atmosphäre möglichst hart auszunutzen. Es ist z. B. Reinhardt, daß das Reichsblatt, ein großes deutsches Blatt, die „Reichsblatt“ erhebt und die davon hinstellt, den Außenminister Briand ohne Jähren wegen Landesverrat zu verhaften, ist trotz ihrer französisch-möglicherweise Überzeugung bis zu einem gewissen Grade begehrt und für die Verleumdungen, die gegen Briand aufgetischt werden. Die französischen Sozialisten drängen selbstverständlich trotzdem

wach wie vor auf die Fortsetzung der in Socarno festgelegten Politik. Aber auch in ihren Reihen besteht heute durch die Entlohnung der deutschen imperialistischen Lage eine tiefe Beunruhigung, und man bringt hier ebenfalls offen zum Ausdruck, daß die Möglichkeit einer Reichsregierung in Berlin die Lösung des Rheinlandsproblems äußerst erschweren würde. Im Falle einer Kammerdebatte werden die Sozialisten die großen Friedensprinzipien, die sie früher verteidigt haben, weiter unerschrocken vertreten. Sie können dagegen die Fragen nicht verschließen vor den Gefahren, die eine Rechtsentwicklung in Deutschland mit sich bringen würde.

Aber wie die deutsche Seite auch gelöst werden mag, ihr Verlauf hat jedenfalls der französischen nationalen Propaganda starken Vorstoß geleistet, den Selbstangriff gegen Briand erleichtert, die Veranschlagung in den Einkreisen beschleunigt und dadurch eine Atmosphäre geschaffen, die einer konsequenten Durchführung der zwischen Frankreich und Deutschland angebotenen Verträglichkeits- und Friedensabmachungen alles weniger als nützlich ist.

Ein Stresemann-Angriff. Gegen die Reichswehrforderungen der Sozialdemokratie.

Berlin, 19. Januar. (Mabiolmeldung.)

Der Reichshausminister Dr. Stresemann sprach am Dienstag vor Beitzern der Deutschen Volkspartei in Berlin. Er führte dabei u. a. aus: „Unser Kampf auf dem Wege zum Reichswehr und der Reichsmarine. Man hat den Weltkrieg im Namen der Demokratie gegen uns geführt und das Volk inwider Vaterlandsliebe gelehrt: das deutsche Volk aber, das alle Jahre über seine Größe tut die Reichswehr, das hat für ihre entgangene, aufsteigende Arbeit. In die Parteien geht die Mahnung: Hände weg von der deutschen Reichswehr. (Stürmische Zustimmung.) Die Reichswehr wird um vollständig sein, je mehr sie alle Teile des deutschen Volkes umfasst. Wir wollen keine rechte und keine linke, sondern eine deutsche Reichswehr.“

Was aber haben wir heute, Herr Stresemann? Im großen und ganzen eine rechte Reichswehr. Das zu ändern — und nichts anderes — ist das Ziel der sozialdemokratischen Volkspartei. Die Reichswehr hat nicht das Instrumente des nationaler Parteipolitik, sondern das der deutschen Volkspartei sein.

Am nächsten Tag die Stresemannrede, daß die Volkspartei nicht die geringste Meinung besitzt, daß die Sozialdemokratie in der Reichswehrfrage zu verhandeln. Denn die Stresemannrede ist ein direkter Angriff gegen die Reichswehrreformbestrebungen der Sozialdemokratie. Diese Rede des Reichshausministers wird übrigens im Ausland, namentlich in Frankreich, ihre Wirkung nicht verhehlen. Sie ist ein Schlüsselwort gegen die deutsch-französische Verständigung, ein neues Hindernis für die deutsch-französische Verständigung, ein politischer Streich gegen Briand. Nach dieser Rede wird sich Stresemann nicht umherfragen, wenn das Ausland, wie bereits vor einigen Jahren geschehen, seine Vertragsunfähigkeit konstatiert.

Ein Kommuniqué der Zentrumspartei.

Der Fraktionsvorstand des Zentrums hat am Dienstagabend nach Prüfung der gegenwärtigen Lage folgendes Kommuniqué ausgegeben:

„Das Zentrum steht mit besonderem Nachdruck die kaiserlichen Bemühungen um das Zustandekommen einer Regierung der Mitte sehr ablehnend gegenüber. Die verschiedenen Ansichten sind durch die öffentliche Tagesmeinung.“

Die Erklärung des Zentrums ist insbesondere durch Berichte der deutschnationalen Presse veranlaßt worden, in denen es immer wieder hieß, daß der Abgeordnete von Guérard als stellvertretender Vorsitzender der Zentrumsfraktion in seiner letzten Unterredung mit dem Reichspräsidenten erklärt habe, seine Reaktion würde zur Rechtsregierung bereit sein, falls die Konstitution der Mitte scheitern sollte. Die Haltung der Volkspartei ist von diesen Meldungen bisher nicht unbeeinträchtigt geblieben, obwohl die „Germania“ schon dieser Tage feststellte, daß Guérard gegenüber dem Reichspräsidenten auch eine ähnliche Erklärung nicht gemacht hat. Die neueste Erklärung stellt das mit noch größerer Deutlichkeit fest. Ihre eigentliche Bedeutung liegt nach unseren Informationen hauptsächlich aber darin, daß die Zentrumspartei es ablehnt, sich irgendwelchen Vereinbarungen von anderer Seite anzuschließen.

Bulkschiffische Gelüste des Landbundes.

Wie sie den Reichspräsidenten aufschließen.

Am Dienstag hielt der Landbund der Provinz Sachsen in Halle eine Versammlung ab, in der Herr Sepp, Vorsitzender des Landbundes und Mitglied der Deutschen Volkspartei, eine Rede für die

Reichsregierung hielt. Anschließend wurde einstimmig — also offenbar auch mit Zustimmung des Herrn Sepp — eine Entschließung angenommen, in der es zum Schluß heißt: „Mit großer Lust ist ohne den deutschen Bauern registriert worden. Von nun an darf keine Regierung ohne ihn gebildet werden. Wird dieses wiederum durch das parlamentarische Getriebe verhindert, so erwarten wir von den Führern der Reichswehr, daß sie über die Köpfe der Parteien hinweg dem Reichspräsidenten Männer namhaft machen werden, die geeignet und willens sind, diese Fragen so zu lösen, wie es das Wohl des deutschen Volkes erfordert.“ (11)

Herr Sepp fordert also den Reichspräsidenten zu putschähnlichen Interventionen auf. Dem mißtraut man bei den Reichspräsidenten gestellte Forderungen, über die Köpfe der Parteien

hinweg zu handeln, wohl nicht gebietet werden. In keiner der Resolutionen vorstehenden Rede war Sepp für die Ausdehnung der Rechte des Reichspräsidenten als überparteilicher Persönlichkeit eingetreten. Auch hierin liegt ausdrücklich, mögen die Meie der von Bürgerlich-Deutschen erfüllten Handlungen gehen soll.

Die Dienstagverhandlung des Barmer-Prozesses war der Erörterung der verschiedenen Konten der Barmer-Interimverhandlungen der Barmer-Konten gendung. Dabei kam u. a. zur Sprache, daß ein vierter Konto, ein Wechselmarktkonto, nach und nach von 225 000 M. auf rund 745 000 M. anwuchs und schließlich eine Höhe von 1,4 Millionen erreichte. Ein Konto fünf, dem an einem Tage eine Million entnommen wurde, um am nächsten Tage zurückgezahlt zu werden, bezeichnete der Oberfinanzanwalt als

Reichswehr-Kommunismus. Preußischer Landtag.

Berlin, 19. Januar. (Soz. Pressebericht.)

Der Preußische Landtag trat am Dienstag in seiner ersten Sitzung im neuen Saal zusammen. An der Sitzung nahm, von vielen Abgeordneten betaglich begrüßt, auch Karl Seebach wieder teil. Der Präsident eröffnete die Sitzung mit einem ehrenreichen Nachruf auf den verstorbenen Vizepräsidenten Gornich. Er beklagte die Wünsche dann unter lebhaftem Beifall den Direktor des Landtags, Geheimrat Döhl, zum vierzigjährigen Dienstjubiläum. — Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält zu einer Erklärung das Wort

Abg. Kuttner (Soz.):

In einer zu Beginn der 235. Sitzung abgegebenen Erklärung anlässlich der Tagesordnung hat der Abg. Kuttner wiederum die Behauptung aufgestellt, daß ich hier im Saale einen gefälschten Brief verlesen hätte. Es handelt sich um das Schreiben, das ich zum Beweise der noch im Jahre 1926 erfolgten Selbstüberwindungen der „Gefu“, später „Wifo“, an die Prombank (Ruffische Staatsbank) verlesen habe. Obwohl ich bereits in einer früheren Erklärung weitgehende Beweise für die Echtheit des verlesenen Schreibens erbracht habe, zwingt mich das hartnäckige Festhalten des Abg. Kuttner, nunmehr weitere Beweise zu schaffen und zu diesem Zweck folgendes zu erklären:

Am 10. Dezember 1926 habe ich den in Frage stehenden Brief verlesen. Wenige Tage darauf hat die Filiale der Darmstädter und Nationalbank (Danabank), Depotinstanz Werberstraße Markt, einen Angestellten beurlaubt und ihm demnach am 1. April 1927 keine Stellung gekündigt. Es ist dies der Angestellte der das bei dieser Filiale bestehende Konto der „Gefu“, später „Wifo“ betreibt und namentlich persönlich die Überweisungen nach Ausland vorgenommen hat.

Durch das Zeugnis dieses Angestellten, der aus eigener Anschauung der Sachverhalt kennt, kann jederzeit folgendes Beweist werden:

1. Bei der Depotinstanz Werberstraße Markt der Danabank bestand seit längerer Zeit ein Konto der Gesellschaft zur Förderung gewerblicher Unternehmungen (Gefu), die sich ab 1. Mai 1926 aus Wirtschaftsförderung G. m. b. H. (Wifo) nannte. Ferner bestanden Sonderkonten des Obersten Buchholz, und

Major Spangenberg, beide von der Waffen- und Munitionsabteilung des RMW.

2. Die Konten Spangenberg und Buchholz sind am 11. Dezember, also unmittelbar am Tage nach meiner Rede in Landtag, als für nicht existent erklärt worden.

3. Heber die genannten Konten sind laufend, und zwar bis in den Dezember 1926 hinein, ungewöhnlich hohe Summen eingegangen, die monatlich oftmals den Betrag von mehreren Millionen Mark ausmachten.

4. Diese Summen, die entgegen banktechnischen Gepflogenheiten fast stets in bar eingezahlt wurden, sind, soweit Konto „Gefu“ in Frage kommt, über die offizielle russische Staatsbank in der Prombank, Moskau, anfangs direkt überwiesen worden. Nach Eingang des von mir verlesenen Schreibens wurden die Gelder, so wie es das Schreiben anordnet, über die Equitable Trustbank, Newyork, an die Prombank überwiesen.

5. Verfügungsberechtigt über das Konto „Gefu“ bzw. „Wifo“ waren Personen, die ehemals militärische Stellung bekleidete haben, wirtschaftlich dagegen unbekannt sind.

6. Am 31. März 1926 wurde das gesamte Konto „Gefu“ vorübergehend — bis Anfang April — auf das Konto eines Oberleutnants Seiffenberg vom RMW übertragen. Dieser übertrag nach kurzer Zeit das Konto wieder auf die „Gefu“ zurück.

7. Die Wichtigkeit dieser Angaben wird weiter bekräftigt durch die Konten „Gefu“ bzw. „Wifo“ gehörige fünf Aktenbände umfassende Korrespondenz. Aus dieser Korrespondenz stammt auch das von mir verlesene Schreiben. Es befinden sich zahlreiche weitere Schreiben bei der Korrespondenz, deren Inhalt die Echtheit dieses Schreibens vollkommen bestätigt. Photographien solcher Schreiben habe ich in meinem Besitz. Auch wird ein Briefsteller der genannten Depotinstanz, namens Schmidt, als Zeuge des Sachverhalts befragt werden können.

Es ist mir nicht bekannt, ob der Herr Abg. Kuttner seine Erklärungen hier als Offiziosus des Reichswehramtministeriums oder der russischen Sowjetregierung abgegeben hat. Auf jeden Fall haben ihn seine Gewährsmänner, die dem wahren Sachverhalt fernstehen mußten, schwer geliebt. Seine Überzeugung ist die Kommunismus haben diese Erklärung mit höchster Belegenheit auf. Einige törichte Zwischenrufe „Konten Barmer“ verstanden erfolglos abzuwenden.

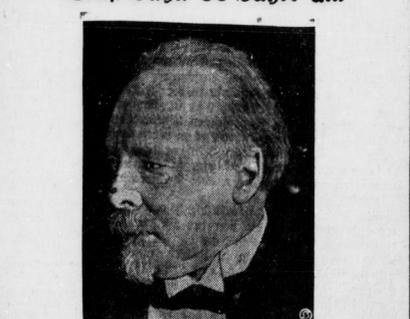
Nächste Sitzung heute, Mittwoch, 19. Uhr.

Ausgleichende Gerechtigkeit.



Lüttich: „Ihren Mann haben die Kapputruppen erschossen! — Tut nichts, ich beziehe ja Pension dafür!“

Ernst Zahn 60 Jahre alt.



Der in weiten Kreisen als Schmeier Schriftsteller bekannte Ernst Zahn wird am 24. Januar 60 Jahre alt.

Dichter und Volkstommislar.

Wie die Moskauer Zeitungen mitteilen, hat Gorki dem Moskauer Staatstheater ein Stück unter dem Titel: „Die falsche Münze“ einreicht. Der Kommislar für Volkserziehung Lunatscharski will feststellen haben, daß Gorki ein neues Stück, wie er behauptet, angeblich, sondern ein altes, bereits im Januar 1901 begonnenes Schauspiel beendet und zurückgemacht habe. Dieses veraltete Stück sollte Gorki, so behauptet Lunatscharski, jetzt loswerden. Gorki wird daher nicht angenommen, dafür aber

ist die Wraufführung eines Schauspiels von Lunatscharski: „Lumpen und Seide“ angekündigt.

Einen internationalen Verfilmungsstausch will sich eine französische Gesellschaft zur Aufgabe machen, die in diesen Tagen in Paris unter dem Namen „Compagnie Universelle de Cinematographie“ gegründet wurde und durch ihre Institution eine Verbindung des gesamten Verfilmens zu erreichen hofft. Die amerikanische Firma Eastman hat ein Kapital von 500 000 Dollar für die Bestellung von Verfilmern für den Schulgebrauch zur Verfügung gestellt.

Eine Universität für Filmstudien. Im Waldorf-Astoria-Hotel in Newyork fanden in diesen Tagen Besprechungen zwischen führenden Persönlichkeiten der amerikanischen Filmindustrie und der Wissenschaft statt, die zum Ziel hatten, an der Universität Columbia eine Abteilung für Filmstudien zu eröffnen. An der Sitzung nahmen u. a. der Präsident der Lindebergh Columbia, Warren Buller, sowie Bill Coss, der Leiter der Kampagnen-Organisation, teil.

Domela im Film. Die Geschichte des falschen Kronwringens schones soll jetzt auch die Aufzeichnung im Film erleben. Die Wfa beschäftigt den Stoff für einen Film zu benutzen, der den Titel tragen soll „Der falsche Prinz. Eine Satire von Gorki“. Sicherlich ist die Wfa Domela ein ungemein dankbares Filmmotiv. Aber schon der geplante Interimfilm muß kritisch machen. In diese Geschichte von der gewissen Untertanenwürde nicht auch eine Satire von heute und morgen? So sehr der Plan an sich zu begrüßen ist, so mißtraulich muß man der Arbeit der reaktionären Wfa gegenübersehen. Nebenfalls darf man gespannt sein, ob die Wfa durch eine schonungslose Gehilfe der Thüringer Filmpolizei die Gorki-Ente einen Bruch mit ihren bisherigen Traditionen durchzuführen wird.

Ein Retrospektiv-Denkmal will die Stadt Wien anlässlich des 100. Todestages des berühmten Psychoanalytikers errichten. Ferner ist in Wien die Erbauung einer Verbotenen-Gedächtnis-Kapelle für 10 000 Häftlinge und 4000 Militärstrafe und eines großen Musik- und Sängerklosters für Bedürftige geplant. Für die Kapelle hat die österreichische Regierung bereits einen geeigneten Baugrund von über 36 000 Quadratmetern Umfang zur Verfügung gestellt.

Gastspiele im Halleschen Stadttheater.

„Der Evangelimann“.

Da unser Theater anscheinend keinen Vertreter der Titellole dieser Oper zur Verfügung hat, sang auch gestern ein Gast den „Evangelimann“ in der Oper Kienitz. Statt des angelegentlichsten Kammerjägers Jung aus Dessau sang der Tenor Wilhelm Mann aus Erfurt die Titellole. Er gab sich viel Mühe, um den schwierigen Anforderungen dieser Partie gerecht zu werden. Im ersten Akt konnte er kaum genügen, er in der großen Eröffnung des zweiten Aktes mußte er stimmlich und darstellerisch, wenigstens die Masse für.

Für den erkrankten Fritz Bergmann sang der Bariton Fannert aus Chemnitz den Johannas. Er ist ein ausgezeichnete Darsteller und sein Bariton hat besonders in der Höhe höchsten Stellen einen musikalischen Reiz, der seine Bedeutung für die Vorstellung war überaus ausserordentlich und erregte die besten Beifall.

Richard-Wagner-Verband deutscher Frauen.

Dieser Verband hat sich die Aufgabe gestellt, junge unbekannte Komponisten mit ihren Werken an die Öffentlichkeit zu bringen. Der gehörige Konzeptionsmeister Wagner hat als Vorsitzender ein sehr begabter Musiker, der mit seinen beiden Söhnen, mit den Sängern Götter und Konzeptionsmeister Wagner, seine Bedeutung hat oft hart atonales Soli und erinnert an Schönberg und Rognod. Die langsame Sätze in den Symphonien sind original und werden. Man darf nach den Konzerten in Bonn, die am nächsten annehmen das hier ein begabter Komponist betrautet wird. Die Sätze, die ein prächtiger Violinist, hat auch das S. S. (Ged.) und Konzeptionsmeister Wagner vorläufige Unterweisung. Die Künstler wurden sehr geliebt.

Kaltschmelze. Die „Zauberflöte“ wird am Donnerstag, 20. Januar, für 1. und 2. Mal im Saal für 1. abends, Sonntag, 21. Januar, 11. A. Kammeroper am 28. Januar, 8. Uhr abends, im Saal des Hoftheaters, „Dover-Galop“. Die Karten dazu müssen bis 21. Januar einreichen. Die Konzerte der Robert-Braun-Ensemble (Leitung Prof. Dr. Rahms) bringt u. a. zur Feier des 100. Geburtstages von Franz Liszt einen großen Teil in 25-Dr. Formate für nur unter Willkür in großer Gedächtnisse. Die Anzahl der noch verfügbaren Karten zu den einflussreichen Vorstellungen über den 100. Geburtstag des Bildhauers, des Bildhauers, die er mit seinen Mitarbeitern, hat Karten rechtzeitig in der Geschäftsstelle, Brühlstr. 14, zu entnehmen.

